

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 64

Anzeigenpreis: für 1mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig. Kleinanzeigen 40 Goldpfennig. — Offertgeblühn 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Donnerstag, den 17. März

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1927

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsaussenminister Dr. Stresemann erstattete einem unter Vorsitz des Reichspräsidenten tagenden Kabinettsrat einen ausführlichen Bericht über die letzte Genfer Ratstagung.

* Gegen ihre Verurteilung hat Frau Jürgens beim Reichsgericht Revision eingelegt.

* Der Staatspräsident von Lettland, Tschakste, der ein Freund Deutschlands war, ist plötzlich gestorben.

Schwierige Wirtschaftslage.

Bei der jetzt eröffneten zweiten Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums im Reichstag hat gegenüber der jetzt weit verbreiteten Hoffnungslosigkeit, mit der die Entwicklung der deutschen Wirtschaft betrachtet wird, ein Redner daran erinnert, daß unsere Ausfuhr noch immer 35 bis 40 % hinter der des Jahres 1913 zurücksteht. Den Grund hierfür gibt aber nicht bloß die außerordentlich starke Zusammenschumpfung unserer Ausfuhr nach Rußland ab, sondern geben auch die handelspolitischen Schwierigkeiten, die wir mit unseren allernächsten Nachbarn haben, nämlich mit Polen, der Tschechoslowakei und Frankreich. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius charakterisierte deshalb unsere handelspolitische Lage als zurzeit wenig befriedigend. Hat sich doch das Gesamtbild der deutschen Ausfuhr infolgedessen verschoben, als wir nicht mehr die Mehrzahl unserer Ausfuhrwaren in den europäischen Staaten absetzen, wie das früher der Fall war, sondern, daß uns die anderen Erdteile mehr abnehmen als Europa. Gerade jetzt hat wieder Frankreich einen neuen Zolltarif veröffentlicht, der selbst dann für unsere Ausfuhr eine außerordentliche Belastung bedeutet, wenn wir mit diesem Lande zu einem Handelsvertrag kommen. Denn bei den Verhandlungen hat zwar die deutsche Regierung hinsichtlich der Höhe der deutschen Zölle freie Hand, weil diese autonom, also an eine feste Grenze nicht gebunden sind, während die französische Regierung unter die Minimalzölle nicht heruntergehen kann. Und aus Polen kommt soeben die Kunde, daß man dort mit der Absicht umgehe, eine Erhöhung der an sich schon enorm hohen Zollsätze um 40 % erfolgen zu lassen. Auch dort haben wir für die deutsche Einfuhr bisher ein Entgegenkommen in den Vertragsverhandlungen nicht feststellen können; ebenso denkt die Tschechoslowakei nicht daran, aus ihrer hohen Schutzollmauer zu unseren Gunsten auch nur einen Stein herauszunehmen. Die künftige Weltwirtschaftskonferenz wird also über einen Mangel in Aufgaben nicht klagen können.

Die Hoffnungen auf eine Ausfuhrsteigerung haben sich also nur in sehr mäßigen Grenzen erfüllt und unsere Regierung ebenso wie die Führer der deutschen Wirtschaft veranlaßt, der Stärkung des Binnenmarktes ein größeres Augenmerk zu widmen. Es ist seit langem allseits von der Rationalisierung gesprochen worden, ohne daß man sich ganz im klaren darüber ist, ob eigentlich das erste Ziel dieser Rationalisierung, nämlich nicht etwa bloß die Herabdrückung der Produktionskosten, sondern vor allem die Minderung der Preise, erreicht worden ist. Die Linie des Index für den Großhandel in Industrie- und Handelsgütern bewegt sich schon seit Monaten etwas nach unten. Im Lebenshaltungsindeks hat sich das nicht im gleichen Verhältnis ausgewirkt. Die Industrieprodukte verbilligten sich also, die Preislinie der Lebensmittel aber, namentlich des Getreides, sowie die Mieten stiegen in die Höhe. Minister Dr. Curtius wies in seiner Rede darauf hin, daß die betriebstechnische Rationalisierung in Deutschland durchaus nicht vollkommen durchgeführt ist. Nicht aber das Endziel, sondern nur eine bestimmte Etappe auf dem Wege der Rationalisierung bedeute eine Preislenkung. Auf der anderen Seite müsse dem die Steigerung der Kaufkraft der Massen, also eine Vermehrung der Nachfrage auf dem Binnenmarkt und damit wieder eine Erhöhung der Nachfrage und der Produktion entsprechen. Diese natürliche Erhöhung der Produktion ist dann aber erst die Voraussetzung dafür, daß wir dem Endziel der Rationalisierung, nämlich der Wiederaufnahme aller brauchbaren Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß, allmählich näher kommen.

Diese Linie würde gerade verlaufen, diese Entwicklung wäre vielleicht ohne größere Hemmnisse durchzuführen, wenn nicht der große Felsblock der Verpflichtungen aus dem Dawes-Gutachten auf diesem Wege läge. Der Minister wies darauf hin, die bisherige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sei im wesentlichen darauf hinausgelaufen, die Jahresleistungen durch Aufnahme neuer Schulden abzudecken, also nicht etwa aus dem Überschuß der Produktion. Früher einmal hat ein bekannter schwedischer Nationalökonom erklärt, die Durchführung des Dawes-Planes bestehe eigentlich darin, daß seine Urheber, also jene Staaten, an die Deutschland die Leistungen zu erfüllen habe, die Leistungssummen durch Aufnahme deutscher Ausfuhr selbst zahlen. Das ist leider nur in sehr beschränktem Ausmaße geschehen, vielmehr wächst die Verschuldung Deutschlands an das Ausland in schnellem Ausmaß und damit sein Substanzverlust. Wir würden heute wohl nur die Hälfte der Erwerbslozenzahl aufweisen, wenn nicht diese Substanzverluste, also die Ausfuhr deutscher Waren in Form von Sachlieferungen ohne Gegenleistungen, die Linie der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung so ungeheuer stark beeinflussen würde.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Neuregelung der Biersteuergemeinschaft.

Die Regierungsparteien haben im Reichstag einen Gesetzentwurf im Zusammenhang mit der Regelung des

Kabinettsrat mit Hindenburg

Stresemanns Rechenschaftsbericht.

Wichtige Sitzung der Reichsregierung.

Am Dienstag nachmittag hat ein Kabinettsrat stattgefunden, in dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die letzte Genfer Ratstagung ausführlich Bericht erstattete. Diese Sitzung des Reichskabinetts fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, der den Wunsch ausgedrückt hatte, im Kabinettsrat einen ausführlichen Bericht Dr. Stresemanns über die Genfer Ereignisse entgegenzunehmen, nachdem ihm der Reichsaussenminister gleich nach seiner Ankunft ein kurzes Referat über Genf gehalten hatte. Wie man hört, sollen im Anschluß an die Ausführungen Dr. Stresemanns auch die vom polnischen Außenminister Jaleski in Genf gemachten Vorschläge für die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen erörtert und auch die angekündigte offizielle Demarche Deutschlands wegen der Rheinlandräumung besprochen sein.

Nach einem Beschluß des Ältestenrates des Reichstages wird sich der Auswärtige Ausschuß am Donnerstag mit den Ergebnissen von Genf beschäftigen. Im Plenum des Reichstages wird diese Frage bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes besprochen werden, die für Montag nächster Woche angesetzt ist.

Der dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann nahestehenden Täglichen Rundschau scheint die Entwicklung der Dinge im Osten das beherrschende Moment der großen Außenpolitik zu sein. Stresemann werde wahrscheinlich sowohl hierüber wie über die Gesamt-

situation der deutsch-französischen Beziehungen bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes sprechen. Dann werde man vielleicht auch erkennen, daß viele Fragen in einem Zusammenhang stehen, der nicht in die Augen fällt, wenn man sie als Einzelfragen betrachte.

Völkerbund und Kriegsgefahr.

Das in Genf tagende Ratkomitee hat unter dem Vorsitz des deutschen Delegierten, Gesandten Göppert, die Erörterung des ihm vorliegenden Berichtes über die vom Rat auf Grund des Artikels 11 im Falle drohender Kriegsgefahr zu ergreifenden Maßnahmen abgeschlossen. Besonders drehte sich die Debatte um die Frage der Zurückziehung der diplomatischen Missionen und der See- und Luftflottendemonstration. Bei der letzten Frage wurde insbesondere in Erwägung gezogen, welche völkerrechtlichen Schwierigkeiten etwaige Rollandungen der demonstrierenden Flugzeuge nach sich ziehen könnten.

Dies wurde besonders von dem deutschen Delegierten Göppert betont, dessen Ausführungen sich der italienische und der japanische Vertreter anschlossen. Der Vertreter Rumaniens lehnte jede Luftdemonstration ab. Der Rumäne Titulescu, Paul-Boncour und Benesch setzten sich dagegen sehr lebhaft für die Demonstration ein. Schließlich wurde ein von Cecil vorgelegter Vermittlungsvorschlag einstimmig angenommen, dessen Inhalt besagt, der Rat könne, wenn er es für nötig und nützlich halten sollte, die Ratstaaten zu einer Luftdemonstration in vernünftigen Grenzen auffordern.

Finanzausgleichs eingebracht, der die Beteiligung der Staaten Württemberg, Bayern und Baden an den Erträgen der Biersteuer neu regelt. Nach diesem Gesetzentwurf erhalten die genannten Staaten etwa 13 % des Aufkommens an Biersteuer in ihren Ländern. Das bedeutet praktisch, daß Württemberg künftig 8630 000 Mark, Bayern 45 000 000 und Baden 5 755 000 Mark aus der Biersteuer erhalten.

Neuerungen in der preussischen Justiz.

Der neue preussische Justizminister Dr. Schmidt gab Pressevertretern einen Überblick über die Grundsätze, von denen er sich bei der Neugestaltung und Verbesserung des Verhältnisses zwischen Rechtspflege, insbesondere Strafrechtspflege und Presse, leiten zu lassen gedenkt. Die vorhandenen Schwierigkeiten lassen sich nach der Überzeugung des Ministers überwinden, und das gilt insbesondere von der sogenannten Vertrauenskrise, bezüglich deren in Preußen schon eine Besserung zu konstatieren ist. Die Befestigung des Vertrauens gegen die Rechtspflege betrachtet der Minister als eine seiner wichtigsten Aufgaben. Die sich anschließende Erörterung erstreckte sich auf eine Reihe aktueller Fragen, wie z. B. auf die Stellung des Laienrichtertums und seine Auswahl, auf die Öffentlichkeit bei Disziplinarverfahren, die der Minister grundsätzlich für erstrebenswert hält, auf den § 11 des Gesetzes zum Schutze militärischer Geheimnisse, auf den § 37 des Pressegesetzes, der allgemein als veraltet bezeichnet wurde, auf die Republikanisierung der Gerichte, auf die Wiederrückung des Strafvollzugs usw.

Aus In- und Ausland.

Köln. Der Polizeipräsident hat die öffentlichen Umzüge der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und folgender vaterländischer Verbände: Deutschvölkische Freiheitsbewegung, Stahlhelm, Jungstahlhelm, Werwolf, Frontkriegerbund, Treubund, Schlageter, die Eisene Egar und Frontbann einstweilen verboten.

Paris. Nach einer Meldung der Agentur Indopacifique aus Tokio werden Mitglieder des Parlaments Versuchen zwecks Anwendung neuer Giltgase und eines fährerlosen Flugzeuges beizuhelfen, das mit Hilfe elektrischer Wellen von Kriegsschiffen aus gelenkt werden kann.

Brüssel. „Etoile Belge“ meldet, daß der König an Grippe leidet und das Zimmer hüten muß. Die Erkrankung hat jedoch keinen ernsthaften Charakter.

Riga. Der lettische Staatspräsident Tschakste ist, 68 Jahre alt, gestorben. Er hat stets Verständnis und Wohlwollen für das Deutschbaltentum gezeigt und war ein Freund Deutschlands.

Newyork. Die russische Monarchistin Mary, die dem voranigen russischen Premierminister Kerenski vor einer Versammlung von 5000 Personen ins Gesicht geschlagen hat, wurde zu 4 Dollar und 50 Cent Geldstrafe verurteilt. Sie erklärte später: „Das ist das Geld wert gewesen.“

Deutscher Reichstag.

(285. Sitzung.)

OB. Berlin, 15. März.

Gegen den kommunistischen Antrag, sofort die Frage der Erhebung der Bezüge der Invalidenversicherung zu verhandeln, wurde Widerspruch erhoben, da erst die Vorschläge der Regierung abgewartet werden sollten. Die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums

wurde darauf fortgesetzt. Abg. Wiener (Dn.) wies auf die starke Vermehrung der Eigenbetriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden hin. Ihre ständig wachsende Ausdehnung auf weitere Erwerbszweige sei zu einer großen Gefahr für die Privatwirtschaft, in erster Linie für Handwerk und Einzelhandel, geworden. Der Redner forderte weiter Unterstützung der Kreditgenossenschaften und Beibehaltung der Meisterlehre im Berufsschulgesetz. Notwendig sei ein Staatssekretär für das Handwerk. Der Redner bekämpfte dann den Warenhandel in der Eisenbahn.

Abg. Beythien (D. Vp.) dankte dem Reichswirtschaftsminister für die von ihm veranlaßte Aufhebung der Preistreibeinzelgesetzgebung und für die Zurückziehung des von seinem

Vorgänger übernommenen Gesetzes über den Preisabbau. Die Auswirkung der Kartelle sei durch die Kartellverordnung im allgemeinen in erträglichen Grenzen gehalten. Dringend notwendig sei eine Lastenverminderung für Handel, Handwerk und Gewerbe. Manche neuen Wettbewerbsarten seien bedenklich, so die Konsumkreditfinanzierung. Er begrüßte endlich die Schaffung eines Ministerialdirektoriums für die Fragen von Handwerk, Einzelhandel und Gewerbe.

Abg. Sommer (Ztr.) erklärte, jetzt herrsche im deutschen Handwerk drückende Erwerbslosigkeit und man müsse sich leidlich durchhangeln. Der Redner verwies besonders auf die Konkurrenz der Reichsdruckerei für das Buchdruckgewerbe. Er trat weiter für Maßnahmen zur Einschränkung des wirtschaftlichen Wettbewerbes der Strafanstalten ein.

Abg. Bühl (Dem.) meinte, daß das Kartellwesen vom Ministerium übertrieben gefördert werde. Man solle Handel und Handwerk darüber hören, wie die Kartelle auf die ganze Wirtschaft wirkten. Die schrankenlose Freiheit müsse durch eine gewisse Gebundenheit gehemmt werden.

Abg. Lemmer (Dem.) protestierte dagegen, daß die Reichsregierung in ihrem Entwurf den schwedisch-amerikanischen Jüdenholzstrich geradezu sanktioniere. Durch eine deutsche Gesellschaft solle hier einer ausländischen Kapitalistengruppe die Ausbeutung des deutschen Marktes gesichert werden. Die Bildung des Trusts habe bereits eine Preissteigerung von 30 % zur Folge gehabt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius beschwerte sich darüber, daß die Oppositionsredner mit vollständig vorbereiteter Manuskript auf die Tribüne getreten seien und infolgedessen zu den eingehenden sachlichen Darlegungen der Reichsregierung nur in kurzen Eingangs- oder Schlussbemerkungen Stellung genommen hätten. (Stürmische Zurufe und Widerspruch links.) Die Interessenorganisationen aller Richtungen, so meinte der Minister weiter, seien ohne Zweifel ein starkes Attribut der gesamten deutschen Wirtschaft. Man sei sich aber auch klar darüber, welche ungeheure Gefahren von diesen Organisationen ausgehen. Der Minister erklärte, daß er immer dafür eintreten werde, daß das Reichs- und Gemeinwohl von diesen Organisationen nicht überwuchert werde. Der Minister versprach weiter die Verwendung eines namhaften Betrages zur Ausbildung von Ingenieuren in den Vereinigten Staaten und für die Werkstättenbau Berlin 1927. Ein besonderes Qualitätsmarkengesetz hält er nicht für nötig. Auch die Befreiungen des Reichsautoriums für Wirtschaftlichkeit würden die Qualitätsarbeit fördern. Für Kaff hätte sich der Minister der Preissteigerung nicht mehr widersetzen können, als die Verhältnisse der Landwirtschaft sich gebessert hätten und auch ihre Vertreter im Reichstagsrat nicht mehr dafür stimmten. Aber die Kartellfreiheit werde man sich demnach im Anschluß unterhalten. Den Kartellbeirat wieder einzuberufen hält der Minister nicht für richtig. Die deutsche Handelspolitik werde auch weiterhin auf Herabsetzung der Exportzölle gerichtet sein. Die Reichsregierung hätte die Absicht, zwischen Verabschiedung und Inkrafttreten des

endgültigen Zolltarifs

einen so großen Zeitraum zu legen, daß inzwischen Zollverträge nach dem neuen Entwurf abgeschlossen werden könnten.

Der Minister wandte sich dann den Subventionen zu und erklärte, daß die Gesamtsumme der Darlehen 36,5, die der Garantien 119, die der Reichswirtschaften 369 Millionen einschließlich der Ausfuhrgarantien betragen. Für das Jüdenholzgesetz hätte die Demokratie selbst durch ihre Interpellation den Stein ins Rollen gebracht. Die Handwerksordnung sei den Ländern zur Stellungnahme zugegangen. Sie werde im Laufe des Jahres Gesetzeskraft erlangen. Der Minister schloß mit dem Hinweis, daß durch die Rationalisierung der kleineren und mittleren Betriebe keineswegs bedrückt worden seien.

Abg. Voßl (Bayer. Vp.) beantragte, die wirtschaftlichen Betriebe des Reiches und der öffentlichen Körperschaften mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Varrschat (Dem.) erklärte, daß alle Behörden nach wie vor der Privatwirtschaft Konkurrenz machten.

Abg. Mollath (Wirtsh. Vg.) wies darauf hin, daß in Sachsen die Wirtschaftspartei in der Regierung betwiefen habe, daß sie sehr wohl die berechtigten Interessen aller Stände und Schichten zu vertreten im Stande sei.

Staatssekretär Trendelenburg erklärte auf eine Anfrage, daß die Vorarbeiten für die Aufhebung der Verordnung über die Abgabe der elektrischen Kraft usw. noch nicht abgeschlossen

jeien. Im Laufe der nächsten Monate sei die Aufhebung aber zu erwarten. Natürlich aber mit einer gewissen Übergangsfrist.

Abg. Greuberg (Komm.) erklärte, daß durch das Bündholzgesetz jede Konkurrenz unmöglich und der Preiserhöhung für Bündholzer Tür und Tor geöffnet seien. Damit schloß die allgemeine Aussprache. Es folgte sodann die Einzelaussprache.

Preussischer Landtag.

(256. Sitzung.)

tt. Berlin, 15. März.

Der Preussische Landtag nahm nach dreiwöchiger Pause die Beratungen wieder auf und begann die zweite Beratung des Kultussetats.

Ein Antrag des Kommunisten Pief, sofort einen Antrag zu beraten, daß Landgerichtsdirektor Jürgens nicht mehr in der Strafrechtspraxis verweilen und durch ihn verurteilten Proletariat sofort freigelassen werden sollen, scheiterte da von der Rechten Widerspruch erhoben wurde.

Abg. Dr. Steffens (D. Vp.) erklärte als Generalberichterstatter, daß die persönliche Politik des Ministers, besonders sein Erlaß über die politische Betätigung der Beamten, von der Opposition stark angegriffen sei. Der Redner forderte Regelung der Schulartzfrage, Fürsorge für die deutschen Lehrer an Auslandsschulen, Pflege der deutschen Volkshunde an allen Bildungsinstituten.

Mitberichter Abg. König-Swinemünde (Soz.) setzte sich besonders für die Milderung der Not der arbeitslosen Junglehrer in Preußen ein. Er hebt hervor, daß bereits ein Hilfsprogramm dem Unterrichtsministerium vorliege, wonach u. a. die Fortbildungszuschüsse von zwei auf fünf Millionen erhöht und damit 5100 Junglehrer betreut werden sollen.

Mitberichter Abg. Graue (Dem.) führte aus, daß die Steigerung der staatlichen Beihilfen für die Kirchen von rund 40 Millionen im Jahre 1913 auf rund 70 Millionen 1927 angemessen sei, wenn man bedenke, daß heute z. B. auch die Ausgaben für das Volksschulwesen um 125 % gestiegen sind.

In Beantwortung Großer Anfragen wird von Regierungssseite erklärt, daß zurzeit keine Neuordnung des Schulhaushalts erfolgen könne und daß die von den Kommunisten gewünschte Schließung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche wegen „monarchistischer Propaganda des Pfarrers Wartenburg“ abgelehnt werde. Die Frage der Trennung von Kirche und Staat werde noch den Gegenstand von Verhandlungen bilden.

In der allgemeinen Aussprache begrüßt es Abg. Hize (Dm.), daß das Reichsschulgesetz sich auf christlicher Grundlage aufbauen soll. Die Kulturfürsorge sei grundsätzlich Sache der Länder. Öffentlich befehle das Reich den unerhörten Erlaß des Kultusministers über die politische Betätigung der Beamten. Der Minister verwechsle Staatsgewinnung und Staatsform.

Abg. König-Swinemünde (Soz.) versteht nicht den Angriff der Deutschnationalen wegen des Erlasses des Kultusministers über die politische Betätigung der Beamten, da in diesem Erlaß doch nur das stehe, was die Deutschnationalen im Reich feierlich anerkannt hätten.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) verliest ein Rundschreiben des Hochschulringes Deutscher Art, wonach dieser trotz des Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung es auch jetzt ablehnt, das vom Kultusminister Bölsig seinerzeit geforderte Belohnung zum heutigen Staat abzugeben.

Belohnung zum heutigen Staat abzugeben. Das Zentrum lehne die simultane Akademie in Frankfurt a. M. wie überhaupt die simultane Schulbildung ab.

Abg. Schwarzhaupf (D. Vp.) erklärt, seine Fraktion werde an der Errichtung der simultanen Akademie festhalten, sie wolle auch die Simultanische so, wie sie besteht, erhalten. Der Minister müsse größere Energie bei der Durchsetzung kultureller Notwendigkeiten zeigen. Sein Erlaß über die politische Betätigung der Lehrer schaffe zweifellos durch seine Unklarheit Rechtsunsicherheit. Dringend notwendig sei die endliche Fertigstellung des Reichsschulgesetzes. Die Volkspartei halte an dem alten liberalen Gedanken fest, daß die Schule Staatsanrichtung ist.

Abg. Kerff (Komm.) meint, die Konfessionsbestrebungen und das kommende Reichsschulgesetz sollten den arbeitenden Massen die kapitalistische Ideologie aufzuweisen.

Abg. Dr. Bohner (Dem.) fordert Freiheit der Schule von der Kirche und Gewissensfreiheit der Lehrer und Schüler.

Abg. Danile (Völk.) wendet sich gegen internationale Kulturverbände, die den nationalen Charakter des deutschen Volkes töten wollten. Die Völkischen würden mit der Deutschen Studentenenschaft um das kulturelle Erbe unserer Väter kämpfen.

Abg. Barzewski (Pole) bedauert, daß das Minderheitsrecht auf dem Gebiete des Schulwesens noch immer nicht beachtet wird.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch vertagt.

Der Bau des Mittellandkanals.

Das Verkehrsnetz in den Grenzprovinzen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages entspann sich bei der Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums über das Staatskapitel, das die Fortsetzung des Kanalbaus östlich Hannover einschließlich des mit dem Bauwerk im wirtschaftlichen Zusammenhange stehenden Grunderwerbs betrifft und hierfür sowie für Vorarbeiten und Bauausführungen am Südfügel 40 300 000 Mark fordert, eine längere Aussprache. Verschiedene Abgeordnete verlangten die Streichung der Bauausführungen am Südfügel, da sonst eine Ver-

zettelung bei der Inangriffnahme der verschiedenen Bauarbeiten des Mittellandkanals zu befürchten sei. Gesandter für Anhalt, Wirtl. Geh. Rat Voden, erklärte namens der Regierung des Landes Anhalt, das unmittelbar am Südfügel beteiligt sei, er müsse entschieden Einspruch gegen diesen Antrag erheben und bitte dringend, ihn abzulehnen. Er sei überzeugt, daß der gleiche Einspruch auch vom Lande Sachsen, das ebenso am Südfügel beteiligt sei, würde erhoben werden. Auch Reichsverkehrsminister Dr. Koch protestierte gegen die beabsichtigte Streichung der Bauausführungen am Südfügel des Mittellandkanals.

Im Anschluß an Ausführungen des Abg. Schults-Bromberg (Dm.) erkannte Reichsverkehrsminister Dr. Koch an, daß durch die Grenzverlegungen im Osten und Westen des Reiches, die uns der Versailler Vertrag gebracht hat, das Verkehrsnetz in den Grenzprovinzen stark beschädigt worden sei. Sowohl im Osten, insbesondere in Schlesien, wie natürlich auch in den rheinischen Gebieten müßten in dieser Beziehung wesentliche andere Zustände geschaffen werden. Es müsse den Grenzgebieten so geholfen werden, daß die berechtigten Klagen verflümmen.

Der Haushaltsausschuß überwies alle Kanalprojekte, die mit einem ersten Teilbetrag im Etat des Reichsverkehrsministeriums aufgeführt sind, zur weiteren eingehenden Beratung dem Unterausschuß, ebenso den Etatsartikel über den Mittellandkanal. Daraus folgte eine Generaldebatte über die Reichseisenbahn.

Flottendebatte im Unterhaus.

Neue Seeabrüstungsnote Amerikas.

Admiral Sir Reginald Hall trat bei einer Marinendebatte im Unterhaus ebenso wie Oberstleutnant Hilton Young für den Bau leichter Kreuzer ein. Admiral Hall vertrat den Standpunkt, daß die schweren Kreuzer im Kriegsfalle keine nützliche Verwendung finden könnten, Oberstleutnant Young bezeichnete sie vom Gesichtspunkte der allgemeinen Abrüstung aus als weniger zweckmäßig. Admiral Hall erklärte weiter, daß keine Flottenabrüstungskonferenz Großbritannien die Hände hinsichtlich des Baues leichter Einheiten binden würde. Der liberale Abgeordnete Runciman wie alle anderen Redner betonten, daß Flottenbegrenzungen sich im Rahmen des Möglichen halten müßten. Eine allgemeine Kritik fanden die für die Marine aufgewandten Kosten, die gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine Steigerung um 156 Millionen Pfund aufweisen und weiterhin eine ansteigende Tendenz zeigen.

Zu gleicher Zeit wird bekannt, daß die amerikanische Regierung in Paris eine neue Note in der Frage der Seeabrüstungskonferenz hat überreichen lassen, in der der französischen Regierung nahegelegt wird, selbst die Form zu wählen, unter der sie sich an der Seeabrüstungskonferenz, die in Genf stattfinden soll, beteiligen wolle. Es erscheint als wahrscheinlich, daß sich Frankreich entschließen wird, einen Beobachter zu der Konferenz zu entsenden. Eine entsprechende Note hat die amerikanische Regierung auch in Rom überreichen lassen.

Vokales und Provinzielles.

Halber, den 17. März 1927.

□ Vertraudentag. Mehr und mehr in Vergessenheit gerät der Vertraudentag, der 17. März. Er gilt der Erinnerung an St. Gertraud. Sie war die Tochter eines fränkischen Majordomus, der dem Christentum gewonnen war. Ihr Vater wollte sie zwingen, einem heidnischen Fürsten die Hand zum Ehebunde zu reichen. Das trieb sie zur Flucht an. Sie wendete sich nach mancher Mühsal nach Karlsburg, wo sie später eine prächtige Kirche aufzuführen ließ. In das Elternhaus kehrte sie nicht mehr zurück, sondern waltete als Äbtissin im Kloster Nivelles, das ihre Mutter gestiftet hatte. Noch in jugendlichem Alter schied sie von der Erde. — Am Vertraudentag heißt's für den Landmann sich rühren, es soll sein erster Arbeitstag sein. Der Pflug steht bereit, die dampfende Erde zu zerteilen, die Pferde scharren unruhig den Boden, und der Bauer schaut trübe drein, wenn Unwetter ihn aus Haus fesselt. Eine Bauernregel sagt über diesen Tag: „St. Gertraud führt die Kuh zum Kraut — die Biene zum Flug — das Pferd zum Pflug.“ Alle Winterarbeit muß heute beendet werden und sollte die Nacht dabei daraufgehen.

* Der Preussische Landgemeindetag West wird seinen diesjährigen Verbandstag, die 20. Mitgliederversammlung, am 13. und 14. Juni ds. Js. in Aachen abhalten.

* Die gesündesten deutschen Orte mit der niedrigsten Sterblichkeit waren nach der neuesten Zusammenstellung vom Oktober u. a.: Gummersbach mit nur 2,0 auf 1000 Ortsansässige im Jahr, Gevelsberg mit 4,5 Lüdenscheid 5,4 und Altena 5,9.

—RH Das Handwerk zum Arbeitszeitnotgesetz.

Die Pressestelle beim Reichsverband des deutschen Handwerks teilt uns mit: Die im Regierungsentwurf zum Arbeitszeitnotgesetz vorgesehenen Änderungen der augenblicklich geltenden Arbeitszeitbestimmungen sind für die Handwerkswirtschaft von einschneidender Bedeutung. Nach sorgfältiger Prüfung kann man nur feststellen, daß dieses Notgesetz den allgemeinen wirtschaftlichen Erfordernissen und auch denen der Handwerkswirtschaft nicht gerecht wird. Die Bindung der Arbeitszeitbestimmungen an den Tarifvertrag drei Monate nach seiner Kündigung legt der Wirtschaft eine zu weitgehende Einengung auf. Grundsätzlich abzulehnen ist auch eine gesetzliche Festlegung eines Lohnzuschlages für Mehrarbeit in einer bestimmten Höhe. Gerade für das Handwerk wird häufig eine tarifliche Abmachung fehlen, sodaß hier mindestens ein Zuschlag von 25 Prozent durch behördliche Festsetzung in Frage käme. Nicht tragbar ist die gänzliche Streichung des § 11, Abs. 3 betr. freiwilliger Mehrarbeit, da viele Handwerkszweige für plötzliche Reparaturarbeiten auch nach Ablauf der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden, für die eine behördliche Genehmigung nicht mehr eingeholt werden kann. Eine gänzliche Abstellung auf die tarifvertragliche Regelung muß abgelehnt werden.

= Halber, 16. März. Am Samstag nachmittag findet im Hotel „Süderland“ in Oberbrügge eine gemeinsame Versammlung der Mittelstandsvereinigungen des Volmebezirks statt. Die Mitglieder der hiesigen Vereinigung werden gebeten sich recht zahlreich zu beteiligen. (Siehe Inserat.)

—x Schalksmühle, 15. März. Der Einladung pünktlich Folge geleistet hatten die Mitglieder der Ortsgruppe Schalksmühle im Reichsverband Deutscher Kriegsschadigter und Kriegshinterbliebener (e. V.), die am Samstag ihre Monatsversammlung abhielt, verbunden mit einem Vortrag des Gauvorsitzenden Schlud-Hagen. Nachdem die Tagesordnung erledigt, und ein Mitglied neu aufgenommen war, wurde dem Referenten das Wort erteilt, welcher ausführlich über das Thema „Rechts- und allgemeine Tagesfragen“ sprach. Er streifte in Umrissen die gegenwärtigen Reichstagsverhandlungen bezw. die neue Verhandlung in der Versorgung der Kriegsoffer usw. Redner erntete mit seinem 1 1/2 stündigen lehrreichen Vortrag großen Beifall. In der anschließenden Beratung wurde manchem Aufschluß und Klarheit gegeben. Kam. Böhmke-Hagen, 2. Gauvorsitzender, schilderte die Arbeit der Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleitungen und hob das gute Einvernehmen in den Gliederungen im Reichsverband hervor. Der 1. Gau- sowie der Ortsgruppenvorsitzende ermahnten sodann zum festen Zusammenhalten. Nachdem Verbandsabzeichen verteilt waren, wurde die nächste Versammlung auf den 2. April festgesetzt.

* Kierspe, 16. März. Hohes Alter. Herr Johann Dahlhaus von hier, Teilnehmer der Feldzüge von 1866, 1870 und 71 und ältestes Mitglied des Landwehrvereins Kierspe, vollendete am vergangenen Montag seinen 90. Geburtstag. Nachträglich unsern herzlichsten Glückwunsch.

+ Kierspe, 16. März. Die Handwerker- und Gewerbetreibenden-Vereinigung hat beschlossen, auch in diesem Jahre wieder einen gemüthlichen Abend zu veranstalten. Die Feier soll am Samstag, den 26. d. Ms. stattfinden, und zwar in diesem Jahre im Hotel Bastian Kierspe-Vf.

* Kierspe-Vf., 16. März. In der Jagdstreitsache gegen die Jagdgenossen der Gemeinde Kierspe ist inzwischen das Urteil des Landgerichts in Hagen herausgekommen. Das Landgericht hat den Jagdpachtvertrag für ungültig erklärt, weil des Rechtsweg für Streitigkeiten aus dem Vertrage nicht zulässig ist, diese vielmehr durch die Jagdaufsichtsbehörde entschieden werden sollen. Hierin sieht das Landgericht einen Verstoß gegen § 139 des B. G. B. Wie verlautet, werden die Jagdgenossen gegen das Urteil Berufung einlegen, da sie die Gründe für eine Nichtigkeitserklärung des ganzen Vertrages für so unbedeutend halten, daß sie das Urteil höherer Instanzen herbeiführen wollen.

* Kierspe-Vf., 16. März. Der hiesige Wehrverein beging Sonntag in öffentlicher Feier den Volkstrauertag, wozu sich die Kameraden in großer Anzahl eingefunden hatten. Der Gottesdienst fand morgens im

Der neue Bankdirektor.

Roman von Reinhold Ortmann.

81) (Nachdruck verboten.)

Sie behandelte Werner kühl und beinahe schnippisch, während sie sich in Liebenswürdigkeiten gegen die anderen anwendenden jungen Herren förmlich überbot. Dabei schien sie mehr als je darauf bedacht, alle Vorzüge ihres Geistes und alle Reize ihrer Persönlichkeit in das hellste Licht zu setzen.

Auch heute blieb der Zauber dieser Schönheit nicht ganz ohne Wirkung auf Werner. Aber kaum je zuvor hatte er es gleichzeitig mit so überzeugender Gewisheit empfunden, daß es nicht Liebe sei, was sich beim Anblick dieses Meisterwerkes der Natur in ihm regte. Er fühlte sich wohl ein wenig verletz durch die offensundige Zurücksetzung, die sie ihm zuteil werden ließ, aber nur ein keises Bedauern, nicht Eifersucht war es, das ihn bewegte, während er ihr köstliches Gebaren im Verkehr mit den gepugnten jungen Herren beobachtete, denen sie heute so auffällig den Vorzug gab. Früher als sonst brach er von der Tertulia auf, und schon auf dem Heimwege beschäftigten sich alle seine Gedanken wieder mit der geheimnisvollen jungen Unbekannten, die er am nächsten Morgen wiedersehen sollte.

Schon eine Viertelstunde vor der angegebenen Zeit war er an der Kirche Santa Catalina. Da er aber fürchtete, die junge Dame durch langes und auffälliges Verweilen vor dem Gotteshause zu kompromittieren, hielt er sich in einiger Entfernung, bis ihm das Anschlag der Glocke verkündete, daß die Messe vorüber sei. Nun wandte er den Blick nicht mehr von der kleinen Seitenpforte, aus der sie ihrer Verbeugung zufolge heraustreten mußte, und er fühlte sich dabei in einer seltsam freudigen Aufregung, deren Lebhaftigkeit ihn selbst ein wenig in Erstaunen setzte. Bähelnd erinnerte er sich der glücklichen Tage seiner ersten Primanerliebe, wo er mit ähnlichem Herzklopfen den Augenblick erwartet hatte, da die Angebetete an ihm

vorübergehen würde, und er mahnte sich im stillen zu Kaltblütigkeit und Vorsicht; denn zu einem Liebesabenteuer sollte sich ihm diese neue Bekanntschaft wahrlich nicht gestalten. Wenn das arglose junge Wesen eines Beistandes bedurfte und sich entschloß, ihm zu vertrauen, so mußte er es ja als eine Ehrenpflicht ansehen, dies Vertrauen nicht zu täuschen und ihr nur ein Freund, nichts als ein aufrichtiger, uneigennütziger Freund zu sein.

Nicht lange wurde seine Geduld auf die Probe gestellt; denn die zarte Gestalt im schwarzen Atlaskleide, die jetzt raschen Schrittes durch das Pfortchen trat, konnte nur die der Erwarteten sein. In einer Entfernung von wenigen Schritten folgte ihr eine zweite weibliche Person, anscheinend eine Dienerin, von ebenfalls noch jugendlichem Teppich, dessen sich die Damen in Argentinien zum Schutz gegen die Kälte und Unsauberkeit der Steinsiesen bedienen, wenn sie in den Kirchen, die keine Bänke oder sonstigen Sitze aufzuweisen haben, kniend ihre Gebete verrichten.

Auch als Werner die Sennorita begrüßt hatte, und als sie Seite an Seite die um diese frühe Stunde noch fast menschenleere Calle Cordoba hinab dem Flusse zuschritten, folgte die Dienerin ihnen nach, allerdings in einem so weiten Abstande, daß sie von ihrer Unterhaltung unmöglich etwas vernehmen konnte. Aber selbst ein argwöhnischer Laufher würde nichts Uebelnwertes oder Unschickliches darin aufgespürt haben. Rodewaldt war erstaunt, seine junge Bekannte so fröhlich und ausgeräumt zu finden, als hätte nie eine ernsthafte Sorge ihr Herz bekümmert. Er hatte sich vorgenommen, sie heute um eine Offenbarung ihrer Bedrängnisse zu bitten, aber ihr Verhalten machte es ihm unmöglich, diesen Voratz zur Ausführung zu bringen.

Sie waren noch nicht dreißig Schritte weit gegangen, und schon hatte Conchita ihn mit ihrer Fröhlichkeit so weit angestech, daß er über der heiteren Gegenwart alles Vergangene völlig vergaß. Sie schlug ihm vor, am Ufer des La-Plata entlang bis zum Friedhofe de la Recoleta zu gehen, weil sie dort am sichersten wären, keinem Bekannten zu begegnen, und mit einer reizenden Aufrichtig-

keit fügte sie hinzu, daß sie sich schon seit vorgestern lebhaft auf diesen Spaziergang gefreut habe.

„Heute ist es an Ihnen, mich zu unterhalten,“ sagte sie. „Sie müssen mir von Ihrer deutschen Heimat erzählen, viel, sehr viel — und so, wie es Ihnen gerade einfällt. Bis zu meines Vaters Tode befand ich mich in dem Glauben, es könne gar kein vollkommeneres und glücklicheres Land auf Erden geben als Argentinien. An die armen geplagten Leute in dem fernen, kalten Norden konnte ich niemals anders als mit Mitleid denken. Seitdem ich aber verwaist und hierher nach Buenos Aires gekommen bin, haben sich meine Ansichten über diese Dinge geändert. Es erfährt mich zuweilen wie eine glühende Sehnsucht, von hier zu entfliehen und unter Menschen zu leben, bei denen nicht wie bei uns alles nur gleichförmiger Schein und höfliche Lüge ist. Vielleicht ist es auch nur eine törichte Illusion, wenn ich mir gerade von Ihrem Vaterlande und von Ihren Landsleuten eine so hohe Meinung gebildet habe. Ihre Aufgabe soll es nun sein, mir eine richtige Vorstellung davon zu geben.“

Auch Isabella del Vasco hatte ihm bei ihrer ersten Begegnung von ihrer Vorliebe für Deutschland gesprochen, und er hatte sich damals nicht wenig geschmeichelt gefühlt; inzwischen aber waren ihm starke Zweifel gekommen, ob Don Manuels Tochter wirklich einer aufrichtigen Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe, oder ob es ihr nicht darum zu tun gewesen sei, ihm etwas Angenehmes zu sagen. Um so deutlicher empfand er jetzt die Verschiedenheit des Eindrucks, den diese beiden jungen Mädchen auf ihn machte. Hier kam ihm nicht für einen Moment der Gedanke an die Möglichkeit einer Verstellung, und es bereitete ihm ein wahres Vergnügen, seiner mit gespanntester Aufmerksamkeit lauschenden Begleiterin von der fernen Heimat zu erzählen, von dieser Heimat, die sich auch ihm trotz der Schönheiten seines gegenwärtigen Aufenthalts bereits mit einem verklärenden Schimmer zu umweben begann.

(Fortsetzung folgt.)

Im Badezimmer verbrannt.

Breslau. Als der Studienrat S. bei Beendigung seiner Toilette in seinem Badezimmer eine Zigarette rauchte, geriet eine in der Nähe befindliche Flasche mit Benzin durch einen Funken der Zigarette in Brand und explodierte. Der Studienrat brannte über und über und erlitt, ehe man ihm Hilfe bringen konnte, so schwere Verletzungen, daß er tags darauf verstarb.

Der Alkoholausschank in Norwegen.

Oslo. Die Mehrheit des Stortingauschusses zur Prüfung der Frage der Aufhebung des Alkoholverbotes trat nach Beendigung der Beratungen dafür ein, daß der Verkauf oder der Ausschank von Branntwein an Personen unter 21 Jahren nicht erfolgen darf, und wünscht ferner, daß der Verkauf von Spirituosen so geregelt wird, daß Mißbräuche vermieden werden. Die Minderheit schlägt vor, die Grenze auf 18 Jahre festzusetzen.

Ein neuer Bestechungsfall.

Verhaftungen in Ludwigshafen und Merseburg.

In Ludwigshafen wurde der aus der Hoesle-Affäre bekannte Ingenieur Albert Wagner wegen Bestechung verhaftet. Er hat anlässlich des Baues eines neuen Postamtgebäudes zwecks Erlangung von Aufträgen den Postbauamtmann Castelle aus Ludwigshafen bestochen. Castelle, der den Neubau leitete, ist ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. In einem zweiten Fall hat Wagner einen Angestellten der J. G. Farbenindustrie, namens Stämpfer, bestochen, um Aufträge von dessen Firma zu erhalten. Stämpfer ist in Merseburg verhaftet worden. Wagner ist ein Mitbegründer der Zentrumsparterie in der Pfalz. Daher stammen auch seine Beziehungen zu dem verstorbenen Reichspostminister Hoesle, von dem er verschiedentlich Kredite erhalten hat. Die Bücher der Firma Wagner sind beschlagnahmt worden.

Schreckenstat eines Irren.

Ein Toter, ein Schwerverletzter.

In Frankfurt a. M. spielte sich eine schwere Blutstat ab. Der verheiratete Kellner Kuhn, Vater von zwei Kindern, lauerte dem 34-jährigen Weißbinder Englert vor der Tür auf, als dieser abends in seine Wohnung heimkehrte, und gab auf ihn aus einem Revolver mehrere Schüsse ab. Englert wurde so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf starb. Auf den Karm hin eilte der Bader Ganser herbei, auf den Kuhn ebenfalls schoss und den er an der Hand erheblich verletzte. Passanten nahmen den Täter fest. Kuhn hat anscheinend infolge einer Bewußtseinsstörung gehandelt. Er war erst vor kurzer Zeit aus einer Heilanstalt entlassen worden.

Spiel und Sport.

Sp. Breitensträter schlägt Kösemann 1. o. In Dortmund fand am Sonnabend die Wiederholung des seinerzeit durch ein Fehlurteil unentschieden ausgegangenen Auscheidungsspiels für die deutsche Schwergewichtsmisterschaft, Breitensträter—Kösemann, statt. Die Westfalenhalle war kläglich schwach besucht. Dafür gab es einen Kampf von äußerster Wildheit und Verbissenheit, in dem beide Boxer von Anfang an rücksichtslos auf den 1. o. ausgingen. Von der achten Runde an waren beide Kämpfer schwer ausgeschlagen. Die neunte Runde gestaltete sich für Breitensträter sehr bitter. In der zehnten Runde war

Kösemann endlich so weit zusammengeschlagen, daß ein rechter Kinnhaken Breitensträters ihn für die Zeit zu Boden schmetterte.

Sp. Haymann schlägt Tom Barri nach Punkten. Den Hauptkampf der Münchener Berufsboxkämpfer bestritten am Sonnabend Tom Barri und der Münchener Ludwig Haymann. Nach wechselvollem Verlauf konnte Ludwig Haymann nur ganz knapp nach Punkten Sieger bleiben, der in der ersten, sechsten, neunten und zehnten Runde sich seinem Gegner überlegen erwies.

Sp. Wasserballkänderspiel 1927 wird der Deutsche Schwimmverband — abgesehen von den Spielen anlässlich der diesjährigen Europameisterschaften — voraussichtlich gegen Frankreich, sicher gegen Schweden, im Herbst gegen Ungarn, vielleicht auch gegen Belgien austragen.

Sp. Die Hauptausstellung der Deutschen Turnerschaft am 8. April im Haus der D. T. in Berlin-Charlottenburg wird sich mit wichtigen Themen, sowie mit dem Bau der Deutschen Turnschule, Schutz des D. T.-Abzeichens, zu beschäftigen haben.

Sp. Der Große Straßenpreis von Sachsen-Anhalt wird vom Bezirk Sachsen-Anhalt der Deutschen Radfahrerunion am 3. April auf der 175 Kilometer langen Strecke Magdeburg—Neugattersleben—Bernburg—Halle und zurück veranstaltet.

Sp. Die diesjährige Gesellschaftsfahrt nach Italien für Automobile und Motorräder nimmt am 14. April in Frankfurt a. M. ihren Anfang und führt über München—Bremmerpaß—Mailand nach Rom. Die Rückfahrt erfolgt über Perugia—Florenz—Venedig nach Venedig. Die Gesamtstrecke ist 3085 Kilometer lang und wird in einundzwanzig Tagen zurückgelegt.

Sp. Im internationalen Schachmeisterturnier in New York führt nach der dreizehnten Runde Capablanca 9 plus 5 vor Nimzowitsch 7 plus 2, Aljechin 6 plus 5.

aus dem Gerichtssaal.

§ Erneute Verhaftung Kautskers. Am Sonnabend wurde in Berlin ganz überraschend Ivan Kautsker wieder verhaftet. Staatsanwalt Ziegler erschien in Begleitung der Ärzte Professor Gutsmund und Dr. Banjin und nach einer kurzen Untersuchung wurde Kautsker für transportfähig erklärt und als Verhafteter nach der Charité gebracht. Die Festnahme erfolgte, wie verlautet, weil Kautsker im Verdacht steht, eine Erholungsreise zur Flucht ins Ausland zu benutzen, um auf diese Weise dem Berufsungsverfahren zu entgehen.

§ Ein Disziplinarverfahren gegen Jürgens? Der am Montag zu Ende gehende Prozeß dürfte für Landgerichtsdirektor Jürgens, ganz gleich, ob das Schwurgericht ihn verurteilt oder freispricht, noch ein disziplinarisches Nachspiel haben. Die Justizbehörde wird noch prüfen, ob sich gegen Jürgens, der bekanntlich seit seiner Verhaftung vom Amte suspendiert und auf halbes Gehalt gesetzt ist, in diesem Strafverfahren irgend etwas ergeben hat, was disziplinarisch zu ahnden wäre. Wenn Landgerichtsdirektor Jürgens freigesprochen wird und sich auch in Disziplinarermittlungsverfahren nichts gegen ihn ergibt, dann muß seine Suspension aufgehoben werden.

§ Für zwei Ohrschießen drei Jahre Gefängnis. Eine über alle Maßen schwere Strafe wurde von dem Erweiterten Schöffengericht Hannover über den 25-jährigen Gefreiten Georg Müller verhängt. Müller hatte in Begleitung eines anderen Gefreiten einen Unteroffizier in der Nacht auf der Straße nicht gegrüßt. Als der Unteroffizier die Personalien der beiden notieren wollte, verfehlte ihm Müller eine Ohrfeige, so daß er zu Boden fiel. Als er wieder aufstand, erhielt er eine zweite Ohrfeige. Das Gericht verurteilte Müller nach Paragraph 97 des Militärstrafgesetzes zu drei Jahren Gefängnis.

§ Todesurteil wegen Mordes. In Garmisch, Kreis Garmisch-Partenkirchen, erschlug am 11. Mai vorigen Jahres der 33 Jahre alte Landarbeiter Wilhelm Brühl im Verlaufe eines Streites seine um 17 Jahre ältere Frau mit einem Beil. Er wurde vom Schwurgericht Stettin zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 15. März.

* Börsenbericht. Das Geschäft hielt sich in recht engen Grenzen. Nach lustlosem Beginn zogen im weiteren Verlauf die Kurse vielfach ein wenig an, trotzdem man andererseits auch ein gewisses Abgabebefürchtungen beobachtete. Der Geldmarkt ist in etwas leichterem Verfassung; tägliches Geld 3½—5½ %, monatliches Geld 6¼—8 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,20—4,22; engl. Pfund 20,42—20,47; holl. Gulden 168,41—168,83; Danz. 81,48 bis 81,68; franz. Franc 16,47—16,51; schweiz. 80,98 bis 81,18; Belg. 58,51—58,65; Italien 19,19—19,23; schwed. Krone 112,60—112,88; dän. 112,13—112,41; norw. 109,91 bis 110,19; tschech. 12,48—12,50; österr. Schilling 59,24 bis 59,38; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,88—47,07.

* Produktenbörse. Das Ausland meldete ermäßigte Kurse und hatte auch verschiedentlich, besonders diesmal Nordamerika, die kürzlich gestiegenen Forderungen vereinzelt beträchtlich herabgesetzt. Als Gründe werden die großen Weltverfälschungen und die zwar wenig kleineren sichtbaren Bestände gegenüber der Vorwoche, die immerhin noch recht ansehnlich sind, von drüben angegeben. Dies veranlaßte hier einen mäßigen Preisrückgang am Zeitmarkt für Weizen und machte die Käufer trotz des anhaltend kleinen Inlandsangebots vorsichtig. Im Roggenmarkt blieben die Vorgänge des Weltweizenmarktes nicht ohne Einfluß, so daß, trotzdem von den in den letzten Tagen üblichen Abgaben nichts zu hören war, die Preise sich nicht veränderten. Gerste und Hafer hatten eher geringeres Angebot, was mit den Feldarbeiten im Zusammenhang stehen dürfte, wobei Hafer stetig ist. Mais per später billiger und vermehrt angeboten. Weizen selbst billiger kaum Absatz. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	15. 3.	14. 3.		15. 3.	14. 3.
Weiz., märk.	267-270	267-270	Weiztl. j. Brl.	15,7	15,7
pommersch.	—	—	Roggl. j. Brl.	15,0-15,2	15,0-15,2
Rogg., märk.	246-248	245-247	Raps	—	—
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vitt.-Erbsen	48-63	48-63
Braugerste	213-241	213-241	fl. Speiserb.	32-34	32-34
Futtergerste	192-205	192-205	Futtererbsen	22-23	22-23
Hafer, märk.	194-202	194-202	Beluchfen	—	—
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	—	—
westpreuß.	—	—	Wicken	22,0-24,0	22,0-24,0
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	13,5-14,5	13,5-14,5
p. 100 kg fr.	—	—	Lupin., gelbe	15,0-16,0	15,0-16,0
Bl. br. inf.	—	—	Seradell	22,0-25,0	22,0-25,0
Sad. (feinst.)	—	—	Rapskuchen	15,5-15,7	15,5-15,7
Mrl. u. Rot	34,2-36,7	34,2-36,7	Leinfuchen	20,4-20,5	20,4-20,6
Roggenmehl	—	—	Trockenschf.	11,8-12,0	11,8-12,0
p. 100 kg fr.	—	—	Soga-Schrot	19,4-19,8	19,4-19,8
Berlin br	—	—	Torfm. 30/70	—	—
inf.	33,5-35,5	33,5-35,5	Kartoffelfld.	28,9-29,2	28,9-29,2

* Heu- und Strohnotierungen (Erzeugerpreise) per 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 1,20 bis 1,55, desgl. Haferstroh 0,90—1,15, desgl. Gerstenstroh 0,90 bis 1,15, desgl. Weizenstroh 1,05—1,45, Roggenlangstroh 1,25 bis 2,00, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1,20—1,55, Stroh 2,05—2,30, handelsübliches Heu 1,70—2,10, gutes Heu 2,65—3,05, Timothy 3,75—4,25, Kleeheu, lose 3,60—4,10.

* Butter im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel (Bracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten) war unverändert.

Schriftleitung: Wllh. Bell jr., Halver i. Westf.

MAGGI Würze

hilft Fleisch sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze.

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu RM 6.50.



Man verlange ausdrücklich MAGGI's Würze.

Gewerbl. Mittelstandsvereinigung für den Amtsbezirk Halver.

Samstag, 19. März nachm. 3½ Uhr im Hotel Süderland in Oberbrügge gemeinsame

Verammlung
mit den Vereinigungen Meinerzhagen, Rönahl, Kierspe und Schalksmühle, zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet
Der Vorstand.

Ziegenzucht-Hauptverein Halver.

Sonntag, d. 20. März nachmittags 4.30 Uhr

General-Verammlung
im Lokale Geschwister Fasbender, Halver.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr Neuenhaus.

Sonntag, d. 20. März nachm. 6 Uhr

Verammlung
Der Vorstand.

la Eiderlell-Käse
9 Pfd. Mk. 6.- franko
Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Geschäftseröffnung.

Am 21. März 1927 eröffnen wir wieder eine

Zahlstelle in Halver
in unserem früheren Geschäftslokal, Kronprinzenstraße.

Barmer Bank-Verein
Hinsberg, Fischer & Comp.
Kommandit-Gesellschaft auf Aktien,
Gummersbach.

LYON'S SCHNITTMUSTER

nach Lyon's Mode-Journalen sichern Ihnen die größte Auswahl!

JEDERZEIT
4000 der neuesten Modelle in einfacher und geschmackvoller Ausführung für Frauen, Kinder und Backfische in jeder Größe und für jede Gelegenheit lagend.

Zu haben in allen Lyon-Filialen, in den meisten Warenhäusern und vom Verlage

GUSTAV LYON,
Berlin S. O. 16 Schmidstr. 19-20
Verlangen Sie kostenfrei unser Journal-Verzeichnis und die Adressliste unserer Filialen.

Milchverbandscheine

mit und ohne Namensaufdruck liefert schnell und billig die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Tanz-Schule!

Beginnend am **Donnerstag, d. 17. d. M.** eröffne ich im **Haus zur Fuhr, Halver** einen

Unterricht für moderne Tänze.

Im Lehrplan das Neueste, wie One-step, Blues, Foxtrott, Charleston, Tango, Black Bottom usw.

Der Unterricht für Erwachsene von 8—10 Uhr. Der Unterricht für Kinder beginnt erst nach Ostern. Gute fachgemäße Ausbildung zusichernd, bittet um rege Beteiligung Hochachtend

Fr. Kattwinkel.
Unterrichtspreis RM. 20.— bei RM. 3.— wöchentlicher Zahlung.

Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung helfen garantiert sofort
S u s t o b o n s
(Bonbons) Dose 90 Pfg.
Halverscher Med.-Drogerie C. Menke Halver
Drogerie Aug. Cordt, Schalksmühle.

Ab Lager abzugeben:
schwefelsaures Ammoniak 20, 91%
Leuna-Salpeter 26, 90%
Nitrophoska (neuer Volldünger)
Kalkstickstoff 18, 89%
Erdnußmehl, 1a Leinkuchenmehl
Ammoniak-Superphosphat 9x9 u. 7x9
Kali 38/42%, Kainit (gemahlen)
Thomasmehl 16, 42%
1a Normal Knochenmehl
sowie **sämtliche Futtermittel und Geflügelfutter.**
Erhalte in den nächsten Tagen
Runkeln und Leuna-Kalk.

Ernst Stahlschmidt, Meinerzhagen,
Landesprodukte, Telefon 246.

Lichtspiele Carlshöhe

Samstag, 19. März abds. 8 Uhr
Sonntag, 20. „ abnchm. 4½ Uhr



Wir sind vom k. k. Infanterie-Regiment
Militärschwank in 7 Akten.

Eine Minute vor Zwei
Eine lustige Geschichte in 7 Akten.

10 Mädchen

für lohnende Accordarbeit stellen noch ein

Westf. Porzellanfabrik
G. m. b. H.

Carthausen i. Westf.
Inserieren bringt Gewinn!

Freitag, den 18. und Samstag, d. 19. März

verreist

Zahnarzt Dr. Sprenger Halver.

Evangel.

Mädchen
gesucht.

Angebote unt. X 35 a. des Geschäfts des Allg. Anz. Halver.

Mehrere

jugdl. Arbeiter

sosort oder für Ostern gesucht.

Dresbach & Cie., Halver i. W.

Eichen-

Zaunpfähle

Brennholz

in Nienlänge geschnitten gibt laufend ab

Kaiser, Schleien am Tel. 164.

Erhalte Donnerstag, d. 17. d. M. hochtragende

Rühe
und 1a Ddb. Ferkel und Läufer Schweine.
Carl Schmale, Halver, Tel. 23.